

BAGFW-Politikforum **Verleihung des Deutschen Sozialpreises 2018**

am 28. November 2018 in der Akademie der Künste in Berlin

Prälat Dr. Peter Neher
Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Ministerin,
sehr geehrte Abgeordnete des Deutschen Bundestages,
sehr geehrte Preisträgerinnen und Preisträger,
sehr geehrte Damen und Herren,

mit den Schlagworten „Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit“ hat die Französische Revolution Versprechen gemacht, an deren Erfüllung sich Demokratien bis heute abarbeiten. In seinem anrührenden Roman „Wir sehen uns dort oben“ setzt sich der französische Autor Pierre Lemaitre mit der Gesellschaft seines Landes am Ende des ersten Weltkriegs auseinander. Drei ehemalige Soldaten aus höchst unterschiedlichen Milieus versuchen in der Nachkriegszeit wieder Fuß zu fassen. Wie unterschiedlich deren Herkunft und damit deren Möglichkeiten sind, wird besonders deutlich als einer der drei von der Schwester eines gefallenen Kameraden aus der Oberschicht eingeladen wird:

„Das Geländer aus weißem Marmor, das die Treppe zu beiden Seiten einfasste, schlängelte sich in symmetrisch verlaufenden Spiralen bis zum oberen Treppenabsatz. Ein imposanter Kronleuchter im Art-déco-Stil verströmte ein gelbliches Licht, das vom Himmel zu kommen schien. Das hübsche Dienstmädchen musterte Albert und fragte ihn nach seinem Namen ... Er sah sich um und bereute auf einmal nichts mehr. Er hätte sich noch so große Mühe geben können: Einen maßgeschneiderten Anzug, unermesslich teure Schuhe, Markenzylinder und Smoking oder Frack – was auch immer er angezogen hätte, er hätte trotzdem wie ein Bauertölpel ausgesehen, der er nun mal war. Dieses ungeheure Gefälle ... Albert fing einfach an zu lachen.“¹

¹ Pierre Lemaitre, Wir sehen uns dort oben, Stuttgart 2014, 236.

Wenn das diesjährige Politikforum unter dem Titel steht „Wer ist drin, wer ist draußen – Was braucht der Mensch, um Teil der Gesellschaft zu sein?“, wirft die BAGFW einen Blick auf das demokratische Versprechen der Gleichheit. Was Lemaitre in seinem Roman unter den Vorzeichen von Herkunft und Besitz in den Blick nimmt, ist bis heute eine Herausforderung geblieben. Immer wieder müssen Politik und Gesellschaft eine Antwort auf die Frage finden, wie Menschen selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

Nach wie vor stellt Armut eine entscheidende Hürde für gesellschaftliche Teilhabe dar. Seit langem beobachten wir, dass sich Armut tendenziell verfestigt. Es ist schwieriger geworden, sich aus materieller Armut oder sozialer Isolation zu befreien. Armutspolitik muss hier ansetzen, präventiv agieren, soziale Mobilität stärken und so die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen unterstützen. Das geplante Teilhabechancengesetz, das die Eingliederung von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt erleichtern soll, ist ein wichtiges Signal. Bei aller Kritik an einzelnen Regelungen.

Im Bildungssystem liegt ein weiterer Schlüssel, um mehr Chancengerechtigkeit und soziale Teilhabe zu realisieren. Nicht zuletzt der 5. Armuts- und Reichtumsbericht hat den Zusammenhang von schlechten Bildungschancen und Armut aufgezeigt. Jeder 17. Jugendliche verlässt ohne Abschluss die Schule – eine Zahl die einfach zu hoch ist. Denn mit jedem Schulabbruch sind Stolpersteine im Leben vorgezeichnet. Häufig hatten diese Jugendlichen bereits zum Schulstart weniger Chancen als andere und blicken dann auf schlechte berufliche Perspektiven und ein Leben in Abhängigkeit von staatlichen Leistungen. Die notwendige Förderung von benachteiligten Kindern und Jugendlichen wird nur gelingen, wenn die Verantwortlichen in Politik, Schulen, Jugendämtern, Jobcentern, Unternehmen, Vereinen und den Wohlfahrtsverbänden sich gemeinsam und koordiniert vor Ort engagieren. Gerade die Kreise und Regionen, in denen dies gelingt, schaffen es, die Zahlen der Schülerinnen und Schüler merklich zu senken, welche die Schule ohne Abschluss verlassen. Taten helfen mehr als Empörungsszenarien. Fakten und Vorschläge liegen auf dem Tisch.

Zur präventiven Ausrichtung der Armutspolitik gehören auch die Stärkung von Familien und die Bekämpfung von Kinderarmut. Mit der Integration von SGB II-Leistungen und sonstigen Transfers (wie z.B. dem Kinderzuschlag) in ein einheitliches Transfer-system, sollte verhindert werden, dass Eltern wegen ihrer Kinder SGB-II-Leistungen beantragen müssen. Außerdem müssen unterstützende Angebote wie Frühe Hilfen, sozialpädagogische Familienhilfen sowie Erziehungs- und Lebensberatung flächendeckend ausgebaut werden. Wir brauchen ein Netz befähigender Angebote, auch außerhalb der Schule, wie Sportangebote oder Musikvereine. Städte, die beispielsweise für den Schwimmbadbesuch kostendeckende Eintrittspreise verlangen, schließen arme Familien aus. Es muss uns aufhorchen lassen, wenn weniger Kinder – da

runter viele arme Kinder – heute nicht mehr schwimmen können. Und neben der Kinderarmut muss immer mehr auch die Altersarmut in den Blick kommen. Und dagegen bedarf es einer nachhaltigen Reform des Rentensystems.

Diese wenigen Hinweise zu einer präventiven Armutspolitik machen deutlich, wie wichtig die Frage der gleichwertigen Lebensverhältnisse für die selbstbestimmte Teilhabe von Menschen ist. Umso wichtiger ist es, dass sich Menschen unabhängig von ihrem Wohnort und ihrer Herkunft auf ein bestimmtes Maß an Lebensqualität verlassen können. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, dass nicht ganze Regionen und damit Menschen abgehängt werden. Von daher begrüßt die BAGFW die Ziele des Koalitionsvertrags, sich für gleichwertige Lebensverhältnisse im urbanen und ländlichen Raum einzusetzen.

Die Einberufung der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ ist vor diesem Hintergrund ein wichtiger politischer Schritt zur Realisierung von Teilhabegerechtigkeit und damit auch für die sozialen Chancen von Menschen. Die gemeinsame Arbeit von Bund, Ländern und Kommunen in den Arbeitsgruppen bietet die Chance, unterschiedliche Ebenen und Akteure miteinander ins Gespräch zu bringen. Nur durch die Beteiligung vieler Akteure kann es gelingen, die ungleichzeitigen Entwicklungen der unterschiedlichen Regionen in den Blick zu nehmen und an deren Überwindung zu arbeiten.

Insofern überrascht die Zusammensetzung der Arbeitsgruppen, die ausschließlich auf politisch, nicht jedoch auf gesellschaftliche Akteure setzt. Ein Staat ist immer auch auf zivilgesellschaftliches Engagement angewiesen, wenn es um die sozialen Chancen von Menschen geht. Aus guten Gründen ist der Sozialstaat in Deutschland durch das Prinzip der Subsidiarität geprägt. So liegt die Verantwortung für die Erfüllung des Auftrags der Daseinsvorsorge maßgeblich auch bei den freien Leistungserbringern. Die Dienste und Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege sichern die Versorgung der Menschen in Metropolregionen und in strukturschwachen Regionen; zugleich ermöglichen sie zivilgesellschaftliches Engagement. Mit ihrer Gemeinwohlorientierung erfüllen sie nicht nur eine institutionelle Rolle im subsidiären Sozialstaat. Sie verfügen auch über umfassende Kenntnisse von Schwachstellen und Bedürfnissen, wenn es um die fehlende Gleichwertigkeit von Lebensverhältnissen geht. Diese Perspektiven könnten die Verbände der Freien Wohlfahrt nicht nur einbringen, sie könnten auch einen Beitrag leisten, wenn es darum geht, Lösungsansätze zu entwickeln. Da die Arbeitsgruppen nur aus politischen Akteuren zusammengesetzt sind, wurde auf eine der Säulen des Sozialstaates offensichtlich bewusst verzichtet. Diese Entscheidung ist für uns nicht akzeptabel, zumal wir rechtzeitig darauf hingewiesen haben. Die Expertise der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege lediglich punktuell bei einzelnen Sachfragen abzurufen entspricht weder der sachnotwendigen Arbeit noch unserem Selbstverständnis. Zumal politische Akteure dann doch auf unsere

Einrichtungen und Dienste vor Ort mit angewiesen sind, wenn es darum geht, die Ergebnisse der Beratungen umzusetzen. Dabei will ich nur an unsere Beiträge und Leistungen bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation erinnern.

Zur Realisierung von gleichwertigen Lebensverhältnissen gehört auch die Digitalisierung unserer Gesellschaft. Denn digitale Teilhabe ist längst zu einer der zentralen Voraussetzungen für gesellschaftliche Teilhabe geworden. Von daher wissen die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege die finanzielle Unterstützung und den inhaltlichen Austausch durch das BMFSFJ sehr zu schätzen, wenn es um die digitale Transformation des Sozialen Sektors geht. Ist doch der Soziale Sektor ein mindestens so wichtiger Bereich wie Bildung, Wissenschaft und Wirtschaft, wenn es um die Digitalisierung unserer Gesellschaft geht. Gleichzeitig müssen wir feststellen, dass das politische Hauptaugenmerk derzeit fast ausschließlich auf der Wirtschaft und der Wissenschaft liegt – das muss sich ändern. Die Bedeutung, welche beispielsweise die Arbeit der Wohlfahrtsverbände für unser Zusammenleben hat, gilt es auch im Kontext digitaler Entwicklungen stärker als bisher zum Tragen zu bringen. Denn die Teilhabe sozial benachteiligter Menschen und gesellschaftlicher Zusammenhalt lassen sich nur dann verwirklichen, wenn es gelingt, die digitalen Entwicklungen im sozialen Bereich mitzudenken und reflektiert in die Praxis umzusetzen.

Von daher freue ich mich sehr, dass die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege bei diesem Politikforum wiederum den Deutschen Sozialpreis 2018 in den Sparten Print, Hörfunk, Fernsehen und im Online-Bereich verleiht. Spannende Eindrücke können wir heute davon gewinnen. Schön, dass Sie als Preisträger heute hier sind.

Wer Teilhabe realisieren will, muss eine Vielzahl von Aspekten und Entwicklungen im Blick behalten. Umso wichtiger sind Diskussionen darüber, wie wir die selbstbestimmte Teilhabe aller Menschen unterstützen können. Von daher bedanke ich mich für Ihr Interesse, Frau Ministerin Dr. Giffey, für Ihren Vortrag und dass Sie an der Talkrunde mit unseren Preisträgern teilnehmen.

Eine solche Veranstaltung ist nur durch die Unterstützung vieler möglich. Von daher danke ich sehr herzlich der Glücksspirale, die durch Frau Friederike Sturm vertreten ist, der Präsidentin von Lotto Bayern. Zusätzlich wurde die Veranstaltung von der Bank für Sozialwirtschaft unterstützt. Herr Prof. Dr. Harald Schmitz, schön dass Sie da sind. Für Schomerus und Partner danke ich Herrn Manfred Lehmann. Stellvertretend für die Ecclesia Gruppe danke ich Herrn Dr. Georg Westphal. Mein Dank geht auch an die Unternehmensberatung Contec, vertreten durch den Geschäftsführer, Herrn Dietmar Meng.

Dieser Dank geht auch an die Akademie der Künste, dass wir heute hier sein können. Vielen Dank an das Team der Weinwirtschaft für die Versorgung der Gäste.

Nicht zuletzt danke ich dem Team der BAGFW-Geschäftsstelle und dem Geschäftsführer Herrn Dr. Timm.

Und jetzt übergebe ich an Frau Claudia Brüninghaus, die uns als Moderatorin durch den Abend führen wird und wünsche Ihnen und uns allen einen anregenden Abend.

Prälat Dr. Peter Neher

Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege